

"Total bescheuert, das ist zu viel gesagt"

Claudia Stamm ist finanzpolitische Sprecherin der Grünen. Studiert hat die 41-Jährige Philosophie und Politologie. Sie musste sich in das Themenfeld Finanzen erst einarbeiten, ähnlich wie der Jurist und jetzige Finanzminister Markus Söder. An dem CSU-Mann hat Stamm viel zu kritisieren, in einigen Punkten gibt sie ihm aber auch recht.

NÜRNBERG - »Total bescheuert«, so hat Claudia Stamms Parteifreund Winfried Kretschmann kürzlich den Länderfinanzausgleich genannt. Und der grüne Ministerpräsident in Stuttgart ging noch weiter. Er könne gut verstehen, wenn Kollege Horst Seehofer und dessen Finanzminister Markus Söder ungeduldig werden, weil Bayern inzwischen mit 3,7 Milliarden Euro die Hälfte aller Mittel in den Umverteilungstopf Länderfinanzausgleich einzahlt. Dass sein Muster-»Ländle«, nicht viel kleiner und wirtschaftlich ungefähr genauso stark wie Bayern, nur mit gut eineinhalb Milliarden zur Ader gelassen wird, erwähnte Kretschmann lieber nicht.

So weit wie der Grüne Kretschmann geht die Grüne Stamm nicht. Sie hält den Länderfinanzausgleich im Grundsatz für eine sehr vernünftige Idee, als Akt der Solidarität zwischen reicheren und ärmeren Bundesländern.

Falsche Anreize

Aber der heutige Länderfinanzausgleich hat strukturelle Schwächen, da lässt Stamm keinen Zweifel. Das System gebe den gut situierten Ländern kaum einen Anreiz, die Steuereinnahmen zu steigern. Umgekehrt fehle jeder Anreiz für die Nehmerländer, Ausgaben zu sparen. Für die Grünen-Finanzexpertin ist klar: Wir brauchen schnell eine Föderalismus-Kommission III, in der alle Bundesländer auf ein sinnvolleres und einfacheres System hinarbeiten.

Für nicht mehr akzeptabel hält es Stamm, dass allein Berlin die Hälfte aller Mittel aus dem Länderfinanzausgleich kassiert, um die 3,5 Milliarden. »Man sollte Berlin aus dem System Länderfinanzausgleich herausnehmen, der besondere Bedarf der Hauptstadt ist eine Sache des Bundes, ähnlich wie es in den USA mit der Hauptstadt Washington läuft.«

Auf den Hinweis, dass Markus Söder die gleiche Forderung erhebt, sagt Stamm: »Wenn er einen konstruktiven Vorschlag macht, dann werde ich das auch konstruktiv nennen.« Als weniger seriös empfindet die Grüne die Ankündigung Söders, bis 2030 den Freistaat komplett zu entschulden. Und zwar nicht, weil der Vorstoß an sich falsch wäre. »Aber wer ein Datum wie 2030 nennt, der muss auch einen konkreten Plan vorlegen, wie es gehen soll, der muss das genau durchrechnen«, so Stamm.

»Davon habe ich bisher nichts gesehen und gehört«, kritisiert die Grüne, die im Kreis Ansbach Landrätin werden will. Und es gehe schon gar nicht, dass Horst Seehofer - Stichworte Konzertsaal in München oder Uni-Klinikum in Augsburg - »mit Spendierhosen durchs Land zieht«. Schuldenabbau und teure Versprechen, das »passt absolut nicht zusammen«.

Wo kann der Staat selbst sparen? Beim Landesamt für Verfassungsschutz, »das ist weitgehend überflüssig, um die Hälfte könnte man es sicher reduzieren«. Und bei künftig einzustellenden Beamten, auch wenn das erst langfristig wirkt. Für die jetzt aktiven Staatsdiener gelte selbstverständlich voller Vertrauensschutz. Aber den künftigen sei eine Pension zuzumuten, die sich (wie bei Rentnern) am Durchschnitt des Einkommens über die gesamte aktive Zeit hinweg bemisst, nicht an der letzten Besoldungsstufe. Stamm: »Der Staat muss mit offenen Karten spielen und sagen, was auf Dauer geht und was nicht.«

Quelle: Nürnberger Nachrichten